

Bilanz 2023

Politische Erfolge

*Die Stimme der Sozialen
Marktwirtschaft*



Bilanz des Wirtschaftsrates 2023

Die zentralen politischen Erfolge

Das wirtschaftspolitische Jahr 2023 war geprägt von einer radikalen Abkehr von den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Eine mittlerweile kafkaeske Bürokratie ist Ausdruck dessen, dass viele Politiker in Berlin und Brüssel das Grundvertrauen in Markt, Bürger, Unternehmer komplett verloren haben. Die immer stärkere direkte Einmischung des Staates in den Wirtschaftsprozess, die kleinteilige Vorgabe von Preisen, Mengen und Technologien und der Ruf nach neuer Schuldenpolitik zeigen überdeutlich: Das Selbstverständnis des Staates als Schiedsrichter und die Kunst, klare Regeln zu etablieren, sich aber dann aus den Marktprozessen herauszuhalten, ist verloren gegangen.

In diesem Umfeld hat der Wirtschaftsrat auf eine klare Agenda für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit gedrungen. An erster Stelle sei hier eine sichere und bezahlbare Energieversorgung genannt. Andernfalls verliert die deutsche Wirtschaft nicht nur ihre Wettbewerbsfähigkeit, sondern gleichzeitig ihre DNA und auch ihr Zukunftspotenzial. Eine Dauersubventionierung würde jedoch selbst ein wohlhabendes Land wie die Bundesrepublik überfordern. Umso wichtiger ist eine deutliche Ausweitung des Energieangebotes. Darüber hinaus muss die Bundesregierung beim Bürokratieabbau ihren Worten endlich Taten folgen lassen: Viele Infrastrukturprojekte werden inzwischen durch aufwendige Genehmigungsverfahren jahrelang verzögert und bremsen so die Wirtschaft. Zudem muss sich Leistung wieder mehr lohnen. Niedrigere Steuern und Abgaben bei gleichzeitig sparsameren Sozialleistungen sind hierfür die entscheidenden Säulen. Für zusätzliche Wachstumsimpulse gilt es zudem, bei den ausstehenden Freihandelsabkommen endlich Nägel mit Köpfen zu machen, Antworten auf den allgegenwärtigen Arbeitskräftemangel zu liefern, gleichzeitig die Migration in die Sozialsysteme zu bremsen sowie die Chancen von KI und Digitalisierung zu ergreifen.

In seinen mittlerweile 19 Bundesfachkommissionen, 14 Bundesarbeitsgruppen sowie neuerdings vier Europäischen Fachkommissionen hat der Wirtschaftsrat auf Basis der Expertise seiner Mitglieder genau hierfür fundierte Antworten erarbeitet, die im Laufe des Jahres bei den politischen Entscheidungsträgern, gegenüber den Medien, in der Öffentlichkeit platziert werden konnten.

So geht der Wirtschaftsrat in das 61. Jahr seines erfolgreichen Bestehens: als kraftvolle Stimme der Sozialen Marktwirtschaft. Damit dieser Auftrag auch weiterhin – gerade mit Blick auf die dringend erforderliche Begleitung der Vorhaben der amtierenden Bundesregierung – gelingt, bitten wir im vor uns liegenden Jahr um die Mitwirkung jedes Einzelnen. Bringen Sie sich in den Wirtschaftsrat ein und tragen Sie dazu bei, dass Deutschland eine gute Zukunft hat. Ihr Engagement zählt!

Berlin, im Januar 2024

Astrid Hamker
Präsidentin

Wolfgang Steiger
Generalsekretär



„Auch in schwierigen Zeiten muss die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft gehört werden. Der Wirtschaftsrat ist der Garant dafür.“

Friedrich Merz MdB

Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,
Vorsitzender der CDU Deutschlands

1. Finanzmarkt, Währung, Außenhandel

Für Freihandel und Geldwertstabilität gekämpft

Ein „Buy European Act“, mehr staatliche Beihilfen, neue gemeinsame Schuldeninstrumente sowie eine Industriepolitik, die kleinteilig europäische Produktionsziele vorgibt – immer lauter werden die Stimmen, dass so das neue europäische Wirtschaftsmodell aussehen müsse. Emmanuel Macron etwa betont, dass er „kein Tabu“ mehr bei neuen gemeinsamen EU-Schulden für Subventionen kenne, und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen buchstabiert die Ideen für einen „Green Deal Industrial Plan“ und einen „Souveränitätsfonds“ aus. Doch es ist ein Modell, das auf eine fatale Mixtur von mehr Zentralismus, Umverteilung und Bürokratie setzt. Damit erweisen beide Politiker dem europäischen Projekt einen Bärendienst. Denn das Erfolgsmodell Europas lautet Eigenverantwortung und Wettbewerb.

Umso beharrlicher warb der Wirtschaftsrat für seine Überzeugungen:

- An erster Stelle stand ein konsequenter Bürokratieabbau. Europa kann sich absurde Regulierung nicht leisten, wenn seine Wirtschaft weltweit mithalten will. Taxonomie, Nachhaltigkeitsstandards für Berichtspflichten, EU-Lieferkettengesetz, EU-Lohntransparenz-Richtlinie – wer Unternehmen bis in kleinste Detail mit Dokumentations- und Berichtspflichten erstickt, hat Wirtschaft nicht verstanden und darf sich nicht wundern, wenn Unternehmen abwandern.



„Der Wirtschaftsrat ist der meinungsstarke Partner, der der Politik immer wieder wichtige Impulse gibt.“

Ursula von der Leyen

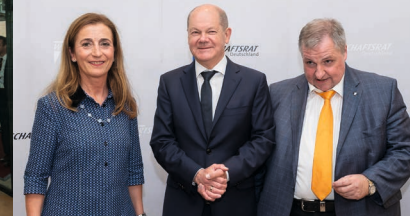
Präsidentin der Europäischen Kommission,
Bundesministerin a. D.

- Europa sollte sich auf die Schaffung neuen Wohlstandskonzentrieren. Gerade Europa hat doch längst die Erfahrung gemacht, dass politische Wachstumsprogramme keine Wundermittel sind. Nach der Finanzkrise startete Europa 2009 den „European Economic Recovery Plan“. Der Juncker Plan wurde kurz danach als „Investment-Plan für Europa“ gefeiert. Mit dem Wiederaufbaufonds Next Generation erhielt die EU sogar erstmals eine eigene Verschuldungskompetenz. Das Ergebnis all dieser Programme war niederschmetternd. Der Wirtschaftsrat setzt sich deshalb gegen eine Perpetuierung und die Schaffung einer Haftungsunion ein.

- Die EU-Kommission hat neue Bewertungsvorschriften vorgeschlagen, die die Kriterien des Stabilitätspaktes massiv verwässern würden. Der Wirtschaftsrat stemmte sich massiv dagegen und setzte sich mit Nachdruck für glaubwürdige, harte und messbare Kriterien ein. Konkret forderte der Wirtschaftsrat die Einführung eines Sanktionsmechanismus bei Verfehlungen der Kriterien und Kontrolle durch ein unabhängiges Überwachungsgremium.

- Ein großer Erfolg im Sinne des Wirtschaftsrates war der Abschluss des Freihandelsabkommens der EU mit Kanada (CETA). In einer Phase, in der weltweit Protektionismus und nationale Abschottung auf dem Vormarsch sind, muss Europa ein spürbares Gegengewicht bilden und die aktuellen Auseinandersetzungen als Chance begreifen, für eine weitere Liberalisierung des Welthandels einzutreten. Umso mehr müssen Freihandelsabkommen wie etwa Mercosur zum Abschluss gebracht werden und weitere Initiativen wie das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP wieder auf der Tagesordnung der Außenhandelspolitik stehen.

Der EU-Binnenmarkt ist der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Welt. Es gibt eine starke gemeinsame Wettbewerbspolitik. 60 Prozent der weltweiten Hidden Champions sind in Europa zu Hause. Es gilt sich endlich mehr auf diese Stärken zu besinnen und sie konsequenter auszubauen. Der Wirtschaftsrat wird deshalb im wichtigen Europawahljahr 2024 eine europäische Agenda für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit vorlegen.



2. Energie und Industrie

Energiepreissteigerungen für die deutsche Industrie abgefedert

Im zweiten Jahr des Ukraine-Krieges blieben die Energiepreise eine weiterhin wesentliche Herausforderung für die deutsche Industrie. Zwar hatte sich die Lage nach dem relativ milden Winter 2022/2023 etwas entspannt, die Preise für Gas und in der Folge für Strom sanken, doch blieb das Preisniveau insgesamt hoch. Bereits vor dem Ukraine-Krieg stellten die Energiekosten für viele Industrieunternehmen eine Herausforderung dar, sodass die Industrieproduktion in den besonders energieintensiven Sektoren – am Gasverbrauch ablesbar – signifikant zurückgegangen war, Branchenzahlen zufolge um rund 14 Prozent. Neben teilweisen Einsparungen durch Erhöhung der Effizienz war der wesentliche Teil tatsächlich durch echte Produktionsrückgänge verursacht worden.

Im abgelaufenen Jahr nun griff die Bundesregierung endlich eine zentrale Forderung des Wirtschaftsrates auf: Die Stromsteuer wurde auf das europarechtlich zulässige Maß begrenzt. Der Wirtschaftsrat forderte dies seit Langem. Denn im Rahmen des Emissionshandels ist grundsätzlich vorgesehen, den Einsatz von fossilen Brennstoffen durch entsprechende Zertifikate oder einen vorbereitenden nationalen CO₂-Preis schrittweise zu verteuern und im Gegenzug die Belastungen auf dem Strompreis zu verringern, um Strom aus erneuerbaren Quellen attraktiver zu machen.

Doch auch auf anderen Feldern der Energiepolitik konnte der Wirtschaftsrat wesentliche Forderungen umsetzen:

- Die Monopolkommission, ein unabhängiges Beratungsgremium der Bundesregierung, schloss sich der Forderung des Wirtschaftsrates nach Freigabe der Erdgasförderung mittels Fracking an.
- Die Bundesregierung gab – wie vom Wirtschaftsrat gefordert – ihren Widerstand gegen die Technologie der Kohlenstoffdioxidabscheidung, -verpressung und -nutzung (CCS/CCU) teilweise auf.
- Bei der angestrebten und sinnvollen Nutzung klimaneutraler Verbrennungskraftstoffe konnte der Wirtschaftsrat endlich eine Aufweichung der bisherigen Ablehnung der Bundesregierung erreichen. Beispielsweise wird der Dieseleratzkraftstoff HVO100, der aus Reststoffen erzeugt wird, demnächst freigegeben sein.



„Beim Wirtschaftsrat fühlt man sich als Freier Demokrat willkommen, weil wir viele Grundüberzeugungen teilen.“

Christian Lindner MdB
Bundesminister der Finanzen
und Bundesvorsitzender der FDP

- Die Forderung des Wirtschaftsrates nach einer Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke hatte die Bundesregierung im Frühjahr 2023 wenigstens teilweise umgesetzt.

Auch 2024 wird sich der Wirtschaftsrat für eine sichere, bezahlbare, klimafreundliche Energieversorgung für die deutsche Industrie engagieren. Die größte Herausforderung im kommenden Jahr besteht in der überfälligen Kraftwerksstrategie, die die Bundesregierung zu formulieren hat und die gleichermaßen europarechtlich zulässig und bezahlbar sein muss, vor allem vor dem Hintergrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Unzulässigkeit von Schattenhaushalten. Parallel muss die Bundesregierung geeignete Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass ausreichend privates Kapital für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien, den Aufbau der Wasserstoffinfrastruktur und den weiteren Netzausbau zur Verfügung gestellt wird. Neben einer entsprechenden investitionsfreundlichen energiepolitischen Regulatorik kommt es hierbei vor allem auch auf eine weitere Integration und Stärkung des europäischen Kapitalmarktes an.



„Der Wirtschaftsrat ist ein Forum, wo politische Entscheidungsträger und Praktiker aus der Wirtschaft sich regelmäßig treffen und im Austausch sein können.“

Dr. Robert Habeck MdB
Vizekanzler und Bundesminister
für Wirtschaft und Klimaschutz



„Der Wirtschaftsrat bündelt die Interessen und Sichtweise der deutschen Wirtschaft vom Großkonzern bis zum mittelständischen Unternehmen. Gerade in Zeiten der Krise und Rezession ist er eine wichtige Stimme. Wenn es den Wirtschaftsrat nicht schon gäbe, man müsste ihn erfinden.“

Jens Spahn MdB

Stellvertretender Vorsitzender CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesminister a.D.

3. Umwelt und Klima

Ordnungsrechtliche Auswüchse abgewehrt

Der Industriestandort Deutschland war auch 2023 in drei zweifelhaften Kategorien Spitzenreiter: Energiekosten, Bürokratie- und Abgabenlast. Diese Problemfelder hat der Wirtschaftsrat fokussiert aufgegriffen, konkrete Lösungsansätze entwickelt und sich auf allen politischen Ebenen eingebracht.

Von den konkreten Empfehlungen in der Umwelt- und Klimapolitik haben in Gesetzgebungsvorhaben der amtierenden Bundesregierung und der Europäischen Kommission Eingang gefunden:

- Der Emissionshandel als Steuerungsinstrument des Klimaschutzes wurde gestärkt.
- Erreicht werden konnte eine zumindest leichte Entschärfung des Energieeffizienzgesetzes. Fortan entfällt die ordnungsrechtliche Verpflichtung zu Investitionen nach DIN EN 17463. Bei der Nutzung und Vermeidung von Abwärme bleiben technische, wirtschaftliche und betriebliche Belange berücksichtigt.



„Die Politik darf die Wirtschaft nicht überfordern. Als Kind einer Unternehmerfamilie weiß ich: Unternehmer brauchen vor allem Freiheit und damit Handlungsspielraum. Meine tiefste Überzeugung ist, dass zur Freiheit auch immer Verantwortung gehört. Ich weiß, beim Wirtschaftsrat laufe ich damit offene Türen ein.“

Julia Klöckner MdB

Wirtschaftspolitische Sprecherin CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Schatzmeisterin der CDU Deutschlands, Bundesministerin a.D.

- Die ausdrücklich geforderte Nutzung paraffinischer Dieselkraftstoffe wurde im Bundesimmissionschutzgesetz (10. BImSchV) verankert.
- Zum Jahresende fiel in Brüssel die Entscheidung, dass in der novellierten EU-Gebäuderichtlinie (EPBD) eine Sanierungspflicht für Einzelgebäude, wie sie durch EU-Kommission und -Parlament ursprünglich angestrebt worden und die auf massiven Widerstand des Wirtschaftsrates gestoßen war, nicht enthalten sein wird.

Auch das vor uns Liegende wird weitere wegweisende Weichenstellungen für die Umwelt- und Klimapolitik enthalten – vor allem vor dem Hintergrund der Europawahl. Die Umsetzung der neuen Industrieemissionsrichtlinie gilt es aufmerksam zu verfolgen. Weitere Schwerpunktthemen bleiben das PFAS-Beschränkungsverfahren, die Erarbeitung der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie der Bundesregierung und die Modernisierung des Bundesberggesetzes. Daneben wird sich der Wirtschaftsrat weiterhin dafür einsetzen, dass der Hochlauf von Kernenergie und CO₂-Abspeisung auch in Deutschland wesentliche Bausteine eines ressourceneffizienten Klimaschutzes werden.

4. Infrastruktur

Trotz zäher Debatten Empfehlungen für erleichtertes Bauen erfolgreich eingebracht

Steigende Zinsen und Inflationsraten, Lieferengpässe bei Baumaterialien und Technik, aus dem Ruder laufende Energiepreise und ein unübersehbarer Fachkräftemangel setzen der Bauwirtschaft sichtbar zu. Hinzu kommen hausgemachte Kostentreiber wie immer neue „grüne“ Bauauflagen und -standards – sowohl im Tief- als auch im Hochbau. Um endlich Abhilfe zu schaffen, machte sich der Wirtschaftsrat für einen grundlegenden Abbau von Regulierung, für schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren und eine umfassende Baurechtsreform stark.

Das von der Bundesregierung nach langer interner Diskussion auf den Weg gebrachte Genehmigungsbeschleunigungsgesetz griff Vorschläge des Wirtschaftsrates zur zügigeren Modernisierung des Verkehrsnetzes auf. Auch wenn sich der Wirtschaftsrat mehr vorgestellt hatte, folgende seiner Empfehlungen werden nun zu konkreten Erleichterungen führen:



- Ausgewählte Verkehrsinfrastrukturprojekte im Bereich Schiene und Straße können jetzt zum überragenden öffentlichen Interesse erklärt werden. Die entsprechenden Vorhaben können damit erheblich beschleunigt geplant wie gebaut werden.
- Brückenbauwerke, die im Zuge einer Sanierung an die zukünftige Verkehrsentwicklung angepasst werden, dürfen fortan ohne weiteres Genehmigungsverfahren und ohne Umweltverträglichkeitsprüfung erneuert werden.
- Für hiesige Verkehrsprojekte (Straße, Schiene, Wasserstraße, Häfen, Flughäfen), die zum Kernnetz der Transeuropäischen Netze (TEN) zählen, gilt ab sofort eine einheitliche Genehmigungsfrist von vier Jahren.

Ebenfalls angekündigt als große Novelle, konnte sich die sog. Fortschrittskoalition bislang nur auf Mini-Reformen des Baugesetzbuches (BauGB) verständigen. Auch diesen langwierigen Prozess begleitete der Wirtschaftsrat und hinterließ seine Handschrift:

- In der Pandemie bewährte Regelungen wurden nun wie vorgeschlagen in Dauerrecht überführt. So wird das digitale Beteiligungsverfahren zum Regelverfahren für die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden.
- Verlängert wurden den Empfehlungen zufolge auch die Sonderregelungen des § 246 BauGB für den erleichterten Bau von Asylunterkünften, und zwar bis 31. Dezember 2027.

Auch 2024 wird sich der Wirtschaftsrat für effektivere Verwaltungsverfahren einsetzen. Baurecht muss noch schneller geschaffen werden, etwa durch mehr Standardisierung und das prinzipielle Setzen verbindlicher Fristen zur Antragsbescheidung, durch Einführung von Stichtagsregelungen. Zur dringend benötigten Beschleunigung von Wohnungsneubau und -sanierung wird der Wirtschaftsrat weiter auf die Zulassung serieller Verfahren und eine bundesweit einheitliche, rechtsverbindliche Musterbauordnung als Master für die Gesetzgebung in den Ländern drängen.



„Die FDP hat sich erfolgreich für den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke eingesetzt. In dieser zentralen politischen Forderung in der Energiekrise hat der Wirtschaftsrat uns in Presse und Öffentlichkeit deutlich sichtbar unterstützt. Es ist wichtig, dass sich die Wirtschaft mit einer starken Stimme für die für ihre Arbeit wichtigen Rahmenbedingungen einsetzt.“

Bijan Djir-Sarai MdB
Generalsekretär der FDP

5. Steuern und Finanzen

Steuerliche Entlastungen für Unternehmen angestoßen

Auch das steuer- und haushaltspolitische Jahr 2023 blieb geprägt durch die Krisen des Jahres 2022. Die deutsche Wirtschaft ist weiterhin mit einer anziehenden Inflation, massiven Energiepreissteigerungen und steigenden Zinsen konfrontiert. Diese Situation belastet unternehmerische, private wie öffentliche Haushalte gleichermaßen. Trotz zahlreicher Unterstützungsprogramme hat es die Bundesregierung nicht geschafft, wirksame und nachhaltige Unterstützung zur Bewältigung der Krise zu liefern. Mehr noch: Am 15. November 2023 erschütterte das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum zweiten Nachtragshaushalt des Jahres 2021 das politische Berlin. Erstmals wurde ein Haushalt für verfassungswidrig erklärt, sogenannte Sondervermögen in Höhe von 60 Mrd. Euro stehen nicht mehr zur Verfügung. Die Schuldenbremse wurde scharf gestellt und hat ihre Aufgabe erfüllt. Dies zwingt die Bundesregierung nun endlich zur Priorisierung ihrer Ausgabenwünsche, sodass die bereits rekordverdächtigen Ausgaben von 476 Mrd. Euro in 2023 endlich auf ein gesundes Maß zurückgeführt werden müssen. Der



„Der Wirtschaftsrat steht für Diskussionskultur, für das offene Wort jenseits modischer Sprechblasen. Und einen klaren ordnungspolitischen Kompass sowie für vernünftige Lösungen, die den Menschen dienen. Ich glaube, das muss der Geist sein, in dem wir so große Herausforderungen wie den Klimawandel stemmen.“

Nicola Beer MdEP
Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments



„Mit unserer Programm- und Grundsatzkommission möchten wir als CDU fünf bis zehn gute Kernpunkte liefern, die Aufbruch und Erneuerung vermitteln und die uns klar von anderen Parteien unterscheiden. Ein Kernstück ist sicherlich die Soziale Marktwirtschaft. Ich freue mich, dass der Wirtschaftsrat sich ebenfalls sehr eindrücklich für die Belange der Sozialen Marktwirtschaft einsetzt.“

Dr. Carsten Linnemann MdB
Generalsekretär der CDU Deutschlands

langjährige beharrliche Einsatz des Wirtschaftsrates für die maßhaltende Wirkung der Schuldenbremse wurde bestätigt.

Als weitere Arbeitsergebnisse in der Haushalts- und Steuerpolitik sind anzuführen:

- Das Wachstumschancengesetz, das von der Bundesregierung als großes Entlastungspaket angekündigt worden war, hat zahlreiche Empfehlungen des Wirtschaftsrates aufgegriffen. Die Entlastung der Unternehmen bleibt allerdings mit ca. 6 Mrd. Euro weit hinter den Forderungen des Rates zurück.
- Die Forderungen des Wirtschaftsrates nach einer attraktiveren und einer degressiven AfA wurden mit dem Wachstumschancengesetz umgesetzt. Damit wird es Unternehmen ermöglicht, auch in der gegenwärtigen Krise weiterhin zu investieren.
- Die Forderung des Wirtschaftsrates nach einer attraktiveren Thesaurierungsbegünstigung bei Personengesellschaften wurde durch das Wachstumschancengesetz in Teilen umgesetzt.
- Mit Einsetzung von zwei Steuerreformkommissionen ist das Bundesfinanzministerium einer dringenden Bitte des Wirtschaftsrates gefolgt. Die mit zahlreichen Vertretern unserer Bundesfachkommission besetzten Gremien haben sich zum Ziel gesetzt, die Einkommens- und Unternehmensbesteuerung deutlich zu reformieren.



„Wir dürfen in Deutschland nicht nur diskutieren, wir müssen Entscheidungen treffen. Sonst drohen wir Vertrauen zu verlieren.“

Dr. Wolfgang Schäuble MdB
Präsident des Deutschen Bundestages a. D.,
Bundesminister a. D.

- Mit besonderer Genugtuung ist zudem zu konstatieren, dass eine der Kernbotschaften des Wirtschaftsrates – Steuerpolitik ist Standortpolitik – zum Leitmotiv des amtierenden Bundesfinanzministers wurde und dieser eine Diskussion um den „Standortfaktor Steuergesetzgebung“ angestoßen hat.

Auch im Jahr 2024 wird sich der Wirtschaftsrat weiterhin für ein solides Fundament der deutschen Staatsfinanzen einsetzen. Daneben wird er die Arbeit der Expertenkommissionen des Bundesministeriums der Finanzen zur Reform der Unternehmens- und Einkommensbesteuerung eng begleiten. Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt wird die Reduktion der Steuerbürokratie bilden. Mit Blick auf die immer weiter wachsende Anzeigepflicht durch internationale und europäische Verpflichtungen wird in 2024 darüber hinaus der verstärkte Kontakt zur EU-Ebene gesucht werden.

6. Alterssicherung

Mehr Transparenz in der Altersvorsorge geschaffen

Eine bessere Übersicht über die unterschiedlichen Vorsorgeansprüche ist entscheidend für eine zielgerichtete Ruhestandsplanung. Umso nachdrücklicher setzt sich der Wirtschaftsrat seit über zehn Jahren für eine digitale säulenübergreifende Renteninformation ein. Nun zahlt sich die Beharrlichkeit aus: Am 1. Juli 2023 ging ein digitales Rentenscockpit an den Start, das eine Übersicht der erwartbaren gesetzlichen, betrieblichen wie privaten Renten liefert. Die gesetzliche Rentenversicherung sowie erste private Anbieter sind bereits an das Renteninformationssystem angeschlossen, weitere Akteure werden folgen. Damit sind entscheidende Vorteile für die Bürger wie die Gesellschaft insgesamt verbunden:

- Eine realistische Vorausschau liefert den Menschen einen aussagekräftigen Kompass für ihre Altersvorsorge. Versorgungslücken werden transparent und können systematisch geschlossen werden.
- Gleichzeitig nimmt die digitale Rentenübersicht den allermeisten Bürgern die unbegründete Angst, im Alter zum Sozialfall zu werden.



- Für die Jüngeren erhalten zusätzliche „Rentengeschenke“ an einzelne, von der Politik umworbene Gruppen ein individuelles Preisschild, indem die negativen Auswirkungen auf die eigenen Renten transparent werden. Politisch motivierten Bevorzugungen einzelner Gruppen wird so entgegengewirkt.
- Die Bedeutung von betrieblicher und privater Altersvorsorge als entscheidende Säulen neben der gesetzlichen Rente wird für jeden persönlich durch das Rent Cockpit offenkundig. Populistische Rentenwahlkämpfe, die Alterssicherung allein auf die gesetzliche Rente verengen und so das Gespenst massenweiser Altersarmut heraufbeschwören, werden dadurch als unseriös enttarnt.

Umso nachdrücklicher setzt sich der Wirtschaftsrat für eine realistische Einschätzung des Vorsorgestandes dafür ein, künftig alle Formen der Alterseinkünfte zu berücksichtigen. Hier greift der bisherige Ansatz der Rentenplattform zu kurz, denn beispielsweise Mieteinnahmen oder Kapitalanlagen bleiben unberücksichtigt. Außerdem sollte künftig neben der Bruttobetrachtung auch eine Angabe der zu erwartenden Netto-Alterseinkommen möglich sein. Auch muss jeder Bürger für sich simulieren können, wie sehr eine längere Erwerbstätigkeit seine Rente erhöht und ggf. die Lücke zur Wunschrente schließt. Dann erhalten die Menschen noch aussagekräftigere Informationen für die verschiedenen Handlungsalternativen.

Parallel ist die eigenverantwortliche Altersvorsorge attraktiver zu gestalten, insbesondere durch die zügige Umsetzung der Agenda der Fokusgruppe private Altersvorsorge der Bundesregierung, in die wesentliche Vorschläge des Wirtschaftsrates Eingang gefunden haben. Hierfür wird sich der Wirtschaftsrat mit seiner Bundesfachkommission Arbeitsmarkt und Alterssicherung im Jahr 2024 ganz besonders energisch einsetzen.

7. Digitalisierung und Innovation

Wachstumschancen der Digitalwirtschaft gestärkt

Das Produktivitätswachstum der deutschen Volkswirtschaft fällt seit Jahren, Deutschlands Ökonomie schrumpft als einzige in der Europäischen Union. Über Innovationen und Technologien kann der Wachstumstrend durchbrochen werden. Der Wirtschaftsrat hat



„Ein konstruktiver Dialog zwischen allen Akteuren des Gesundheitswesens ist für die Reformierung des Systems von besonderer Wichtigkeit. In unserem demokratischen System braucht politische Arbeit den Austausch mit Praktikern. Daher greife ich gerne auf die Plattform des Wirtschaftsrates zurück.“

Kordula Schulz-Asche MdB
Pflegepolitische Sprecherin
Bündnis90/Die Grünen-Bundestagsfraktion

daher die Bedeutung digitaler Technologien für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen vorangestellt. Dank der Expertise seiner digitalpolitischen Fachgremien konnte er sich kontinuierlich in Legislativvorhaben einbringen, die über die Digitalpolitik maßgeblichen Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit der deutschen Wirtschaft nehmen. So hat der Wirtschaftsrat maßgebliche Forderungen für die Umsetzung der Richtlinie zur Gewährleistung einer hohen Netzwerk- und Informationssicherheit (sog. NIS2-Richtlinie) erarbeitet. Die Forderungen sind erfolgreich in das deutsche Umsetzungsgesetz eingegangen. Erreicht werden konnte:

- mehr Informationsaustausch und Unterstützung für die Unternehmen grundsätzlich und für die KMU im Besonderen,
- effiziente digitale Registrierungs- und Meldeprozesse,
- der Verzicht auf eine zusätzliche Verschärfung der Anforderungen.

Auch im Bereich Bürokratieabbau fanden Empfehlungen des Wirtschaftsrates Niederschlag. Hierunter fallen insbesondere:

- ein Digitalisierungsscheck für alle neuen Gesetze, der von der Bundesregierung übernommen wurde,



„Der Wirtschaftsrat wird dringend gebraucht.“

Prof. Dr. h.c. mult. Roland Koch
Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung
und Ministerpräsident a. D.



„Ich freue mich sehr, dass der Wirtschaftsrat mich eingeladen und das Thema ‚Europa im Wettbewerb der Wirtschaftsräume‘ gewählt hat. Denn über die kurzfristig in der Politik aufschlagenden Herausforderungen darf die Zukunft nicht vergessen werden. Wir müssen diese Krise nutzen, um durch die Türen, die sich öffnen, auch zu gehen.“

Bettina Stark-Watzinger MdB
Bundesministerin für Bildung und Forschung

- das Bekenntnis zu schlankeren und digitaleren Genehmigungsverfahren.

In 2024 wird den Wirtschaftsrat die Agenda der dann neuen Europäischen Kommission in der Digitalpolitik beschäftigen. Im Pflichtenheft stehen die Datenstrategie und insbesondere der Nutzbarkeit von Daten für KMU. Ein weiteres wichtiges Thema wird das Wettbewerbsrecht für die digitale Wirtschaft sein.

8. Gesundheit

Kernforderungen für eine starke Gesundheitswirtschaft politisch verankert

Die Grundlage für ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem ist eine moderne und funktionsfähige medizinische Versorgung. Auch eine solide und nachhaltige Finanzierung muss sichergestellt werden, insbesondere im Hinblick auf den demografischen Wandel und den Fachkräftemangel. Die von der Ampelkoalition angekündigten Reformen scheinen jedoch eher destruktiv zu wirken, was zu Unsicherheiten im deutschen Gesundheitswesen im Allgemeinen und in der Krankenhauslandschaft im Besonderen führt. Im Jahr



„Der Wirtschaftsrat bietet Verantwortungsträgern aus Wirtschaft und Politik Raum zum offenen Austausch. Die Herausforderungen unserer Zeit, die Globalisierung, die Digitalisierung oder der Klimawandel, machen die facettenreiche Expertise innerhalb des Wirtschaftsrates besonders wertvoll. Auch in stürmischen Zeiten hat er einen klaren Wertekompass: Freiheit, Wettbewerb und Eigenverantwortung.“

David McAllister MdEP
Vizepräsident der Europäischen Volkspartei und der Internationalen Demokratischen Union und Ministerpräsident a. D.

2023 waren die Bundesfachkommissionen Gesundheitswirtschaft und Digital Health, die Bundesarbeitsgruppen Krankenhaus und Pflege des Wirtschaftsrates wichtige gesundheitspolitische Impulsgeber.

Folgende zentrale Punkte konnten eingebracht werden:

- Mit dem Digitalisierungsgesetz und dem Gesundheitsdatennutzungsgesetz wurden langjährige Forderungen des Wirtschaftsrates im Bereich der Digitalisierung des Gesundheitswesens in die Umsetzung gebracht. Damit sind die Weichen gestellt, um die Potenziale der elektronischen Patientenakte, des E-Rezepts sowie der digitalen Gesundheitsanwendungen zu entfalten.
- Der Wirtschaftsrat hat die Krankenhausreform aktiv begleitet – eine übereilte Verabschiedung der unausgegorenen Reform konnte verhindert werden.
- In das Konzeptpapier „Die Pflege zukunftsfest machen“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind wichtige Forderungen des Wirtschaftsrates, wie zum Beispiel die Ambulantisierung der Pflege, Prävention und flexible Abrechnungsmodelle für pflegerische Leistungen, eingeflossen.
- Wiederholt und mit Nachdruck wurde auf Lieferengpässe bei Arzneimitteln und auf eine mangelnde Versorgungssicherheit hingewiesen. Der Wirtschaftsrat wird auch weiterhin darauf hinwirken, dass die Gesetzgebung für die Pharmabranche marktkonform ist, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und den Patienten einen einfacheren Zugang zu Innovationen zu ermöglichen.
- Die Medizintechnikbranche sieht sich mit der herausforderndsten Krise seit Generationen konfrontiert. Die für die Branche besorgniserregende Medizinprodukteverordnung konnte mit einer Verlängerung für die Re-Zertifizierung von Medizinprodukten abgemildert werden.

Auch 2024 wird der Wirtschaftsrat die Gesetzgebung im Gesundheitswesen aktiv begleiten. Im Fokus werden weiterhin konstruktive Vorschläge zur Begleitung der Krankenhausreform sowie die Sicherstellung der Versorgung stehen. In der Pflege und im Gesundheitswesen gilt es, die Ausgestaltung einer generationengerechten und nachhaltigen Finanzierung sicherzustellen. Auch den Bürokratieabbau wird der Wirtschaftsrat forcieren, damit die Fachkräfte sich auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren können.



9. Ernährung

Standortbedingungen der Ernährungswirtschaft verbessert

Gerade auch die Unternehmen der Ernährungs- und Agrarwirtschaft stehen derzeit im Visier der Regulierungswut der amtierenden Bundesregierung. Insbesondere der grüne Partner der sogenannten Fortschrittskoalition sorgt für eine ungesunde Portion Ideologie in nahezu allen aktuellen Gesetzesvorhaben der Ernährungs- wie Agrarpolitik. Allen voran ist hier das geplante Lebensmittelwerbeverbot im Rahmen der Ernährungsstrategie der Bundesregierung zu nennen, welches fast ohne jegliche Faktengrundlage unterschiedslos verbietet und dabei mittelbare Folgen vollkommen außer Betracht lässt.

In diesem grundsätzlich schwierigen Umfeld vermochte der Wirtschaftsrat seine Handschrift zu hinterlassen:

- Statt einer teuren und ineffektiven gesetzlichen Vorgabe zur Reduktion von Lebensmittelabfällen wurde erfolgreich für eine Selbstverpflichtung der Branche geworben.
- Mit der Anpassung der Öko-Regelungen für den Agrarsektor durch Absenkung der Anforderungen an etwa Blühstreifen oder Dauerkulturen wurde die ökologische Landwirtschaft über Anreizmechanismen statt über Vorgaben gestärkt.
- Die Gewährung von Beihilfen für Freilandobst- und Hopfenbaubetriebe zur Abfederung der massiven Energiepreissteigerungen wird nun – wie empfohlen – per einfachem Antragsverfahren umgesetzt.
- Zudem wurde die Förderung für Musterbetriebe, die KI-Anwendungen im Agrarbereich testen, den Empfehlungen des Wirtschaftsrates zufolge aufgestockt.
- Zur Abwendung eines Werbeverbotes für Lebensmittel hat der Wirtschaftsrat sowohl in zahlreichen Hintergrundgesprächen als auch über seine Medienarbeit über die ökonomischen Folgen eines Werbeverbotes erfolgreich aufgeklärt und damit erste wichtige Klarstellungen erreicht.

Auch in 2024 wird sich der Wirtschaftsrat gegen die erstickende und ideologische Bürokratie- und Pflichtenflut stemmen. Der mündige Bürger benötigt keine zwingenden Ernährungsvorschriften. Ziel wird daher



„Wenn es den Wirtschaftsrat nicht schon geben würde, wo es um das wirtschaftliche Überleben der Unternehmen geht, wäre dies die richtige Zeit, ihn zu gründen.“

Christian Freiherr von Stetten MdB

Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand und mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

weiterhin sein, das Lebensmittelwerbeverbot zu verhindern. Auch für den Abbau von Bürokratie, zum Beispiel verbunden mit dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, und eine praxismgerechte nationale Umsetzung der neuen EU-Verpackungsrichtlinie nach Maß und Verstand wird sich der Wirtschaftsrat einsetzen.

10. Einzelhandel

Handelsunternehmen von bürokratischen Lasten befreit

Sowohl die Nachwirkungen der Corona-Pandemie als auch die massiven Energiepreissteigerungen stellten den deutschen Einzelhandel auch im abgelaufenen Jahr vor große Herausforderungen. Hinzu kam eine anziehende Inflation, die die Konsumlaune nachhaltig dämpfte. In einem derart schwierigen Umfeld galt es abermals, die ökonomischen Rahmenbedingungen für die Branchenunternehmen zu stärken. Essenziell für den Wirtschaftsrat dabei war, jede zusätzliche und vermeidbare bürokratische Belastung abzuwehren.

Auf Basis der Expertise der Einzelhandelskommission des Wirtschaftsrates konnten entsprechende politische Entscheidungen erfolgreich flankiert werden:



„Ich komme immer gerne zum Wirtschaftsrat. Der Wirtschaftsrat ist eine Stimme der Sozialen Marktwirtschaft, in einer Zeit, in der das ganze Land nach Orientierung sucht. Umso wichtiger scheint es mir, die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wieder in Erinnerung zu rufen.“

Michael Theurer MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr



„Danke an den Wirtschaftsrat für seine aktive Begleitung unserer politischen Entscheidungen. Es ist sehr wohltuend, dass der politische Horizont des Wirtschaftsrates nicht an den deutschen Grenzen endet, sondern immer auch unsere Nachbarn in Europa, die EU und die gesamte weltwirtschaftliche Realität mit im Blick hat. Das steht uns als weltoffener Exportnation gut an.“

Daniel Caspary MdEP

Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament

- In intensiven Gesprächen rund um eine neue EU-Verpackungsverordnung wurde erfolgreich darauf gedrungen, dass der Kommissionsvorschlag an entscheidenden Stellen vom Europäischen Parlament abgeändert wurde. So konnte erreicht werden, dass starre Mehrwegquoten für Transportverpackungen entfernt wurden. Ebenfalls erreicht wurde, dass bei den Vorschriften für das Verhältnis von Leerräumen bei Verpackungen nun stärker auf die Einzelheiten des jeweiligen Produktes Rücksicht genommen wird, statt auch hier undifferenziert eine Zielvorgabe zu setzen. Schließlich wurde auch die Pflicht, Wiederbefüllstationen in Ladengeschäften anzubieten, gegen einen Appell eingetauscht.
- In intensiven Gesprächen mit dem Bundesfinanzministerium wurde erfolgreich für die Schaffung von Investitionsanreizen und verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten geworben. Das auf den Weg gebrachte Wachstumschancengesetz beinhaltet in der Folge derartige Regelungen.
- Mit ebenfalls großem Nachdruck hatten sich die im Wirtschaftsrat engagierten Einzelhandelsunternehmen gegen überbordende Berichtspflichten im Rahmen des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG), insbesondere auch im Lichte der geplanten ähnlichen Regelung auf EU-Ebene, ausgesprochen – mit Erfolg: Der Bundeswirtschaftsminister schloss sich dieser Forderung an und schlug vor, Berichtspflichten aus dem nationalen Lieferkettengesetz so schnell wie möglich auszusetzen.



„2009 bin ich erstmals für die FDP in den Deutschen Bundestag gewählt worden. Höchste Zeit, dass ich 2022 endlich dem Wirtschaftsrat beigetreten bin!“

Stephan Thomae MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer
der FDP-Bundestagsfraktion

- In die Eckpunkte des sich aktuell noch in Erarbeitung befindlichen Bürokratienteilungsgesetzes fand die Empfehlung Aufnahme, dass Arbeitsverträge nicht mehr zwingend schriftlich, sondern auch elektronisch geschlossen werden dürfen.

Auch das Jahr 2024 wird ganz im Zeichen der Stärkung des stationären Handels stehen. Zu diskutieren sind hier steuerpolitische Weichenstellungen, aber auch regulatorische Erleichterungen, etwa Lockerungen des Ladenschlussgesetzes oder auch Vereinfachungen von Auflagen für Ladengeschäfte im Bau- und Ordnungsrecht. Damit der stationäre Handel gerade in der digitalen Transformation handlungsfähig bleibt, wird sich der Wirtschaftsrat in besonderer Weise für faire Wettbewerbsbedingungen zwischen stationärem und Online-Handel einsetzen. Schlaglichter werden schließlich auch die Verpackungsregeln auf nationaler und europäischer Ebene sein sowie die weitere Begleitung der Lieferkettengesetzgebung.



Präsidium



PRÄSIDENTIN
Astrid Hamker
 Gesellschafterin und
 Mitglied des Beirates
 Piepenbrock Unternehmens-
 gruppe GmbH & Co. KG



VIZEPRÄSIDENTIN
Bettina Würth
 Vorsitzende des Beirates
 der Würth-Gruppe
 Adolf Würth GmbH & Co. KG



VIZEPRÄSIDENT
Dr. Karsten Wildberger
 CEO
 CECONOMY AG



SCHATZMEISTER
Dr. Joachim von Schorlemer
 Berater des Vorstandes
 ING-DiBa AG



Paul Bauwens-Adenauer
 Geschäftsführender
 Gesellschafter
 Bauwens GmbH & Co. KG



Rainer Berthan
 Vorstandsvorsitzender
 Bauerfeind AG



Dr. Nikolaus Breuel
 Geschäftsführender
 Gesellschafter
 Karl-J. Kraus & Partner GmbH



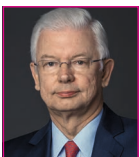
Heike Eckert
 Mitglied des Vorstandes
 Deutsche Börse AG



Dr. Jürgen M. Geißinger
 Mitglied des Aufsichtsrates
 MTU Aero Engines AG



Kai Hankeln
 Konzerngeschäftsführer CEO
 Asklepios Kliniken
 GmbH & Co. KGaA



Prof. Dr. h.c. mult.
Roland Koch
 Ministerpräsident a. D.
 Vorsitzender der Ludwig-
 Erhard-Stiftung



Matthäus Niewodniczanski
 Geschäftsführender
 Gesellschafter Bitburger
 Holding GmbH



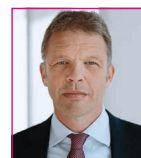
Joachim Rudolf
 Geschäftsführer
 Rudolf Lichtwerbung GmbH



Thomas Saueressig
 Mitglied des Vorstandes
 SAP Product
 Engineering
 SAP SE



Dr. Stefan Schulte
 Vorsitzender des Vorstandes
 Fraport AG



Christian Sewing
 Vorsitzender des Vorstandes
 Deutsche Bank AG



Wolfgang Steiger
 Generalsekretär
 Wirtschaftsrat der CDU e.V.



**Christian Freiherr
 von Stetten MdB**
 Vorsitzender Parlamentskreis
 Mittelstand, Handwerks-
 und Mittelstandspolitischer
 Sprecher der CDU/CSU-
 Bundestagsfraktion



Selina Stihl
 Stellv. Vorsitzende des Beirates
 STIHL Holding AG & Co. KG,
 Mitglied des Aufsichtsrats
 STIHL AG, ANDREAS STIHL AG
 & Co. KG



Dr. Michael Strugl
 Vorsitzender des Vorstandes
 Verbund AG



Bundesvorstand

Neben den Mitgliedern des Präsidiums gehören dem Bundesvorstand an:

Angela Aicher

CMO/ Unternehmenskommunikation
Max Aicher GmbH & Co. KG

Steffen Beck

Rechtsanwalt/FA für Insolvenzrecht, Geschäftsführender Gesellschafter
PLUTA Rechtsanwalts GmbH

Frank Becker

Geschäftsführender Gesellschafter
Salzenbrodt GmbH & Co. KG

Christina Block

Mitglied des Aufsichtsrates
Eugen Block Holding GmbH (Block Gruppe)

Dr. Christian von Boetticher

Landesvorsitzender Schleswig-Holstein
Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Thomas Brahm

Vorstandsvorsitzender
Debeka Versicherungsgruppe

Dr. Peter Davids

Vorsitzender der Geschäftsführung
Deusa International GmbH

Jan-Christian Dreesen

Stellv. Vorstandsvorsitzender
FC Bayern München AG

Dr. Albert Dürr

Geschäftsführender Gesellschafter
WOLFF & MÜLLER Holding GmbH & Co. KG

Nurten Erdogan

COO/CFO
Société Générale S.A., Frankfurt Branch

Uwe Fröhlich

Co-Vorstandsvorsitzender
DZ BANK AG
Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank

Daniela Geretshuber

Chief People Officer, PricewaterhouseCoopers GmbH

Thies G.J. Goldberg

Geschäftsführender Gesellschafter
Goldberg Consulting GmbH

Corinna Grajetzky

Leiterin der EU-Repräsentanz
RWE AG

Johann Christoph Harras-Wolff

Geschäftsführender Gesellschafter
Dr. Kurt Wolff GmbH & Co. KG

Axel Hellmann

Vorstandssprecher, Eintracht
Frankfurt Fußball AG

S. H. Karl Friedrich Fürst von Hohenzollern

Unternehmensgruppe
Fürst von Hohenzollern

Mariusus-Quintus Jäger

Geschäftsführender Gesellschafter
Arnold Jäger Holding GmbH

Dr. Marianne Janik

Vorsitzende der Geschäftsführung
Microsoft Deutschland GmbH

Dirk Kappenhagen

Bundesgeschäftsführer
Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Stephan Karl

Geschäftsführer
Tetra Pak GmbH

Dr. Johannes F. Kirchoff

Managing Partner
KIRCHHOFF Group

Susanne Klöß-Braekler

Vorsitzende des Aufsichtsrates
ING Deutschland

Mihajlo Kolakovic

Inhaber
Kolakovic & Partner
Personalberatung

Rüdiger Kuhn

Vorstandsvorsitzender/
VP Materials Central Europe
CEMEX Deutschland AG

Dr. Helge Lach

Mitglied des Vorstands
Deutsche Vermögensberatung AG

Prof. Dr. Stefan Liebing

Geschäftsführender Gesellschafter
Conjuncta GmbH

Andreas Mau

Geschäftsführer/Partner
MÖHRLE HAPP LUTHER Partnerschaft mbH

Philipp Meyer

Gesellschafter und Geschäftsführer, Meyer Consulting GmbH & Co. KG

Dr. Andreas Möller

Leiter Unternehmenskommunikation und Politik
TRUMPF SE + Co. KG

Dr. Michael Moeskes

Rechtsanwalt
Anwälte Am Dom

Hildegard Müller

Präsidentin
Verband der Automobilindustrie e.V. (VDA)

Jörg Müller-Arnecke

Geschäftsführer
Velum Verwaltungs GmbH

Thorsten Pötke

Geschäftsführender Gesellschafter, EVG Grundbesitz GmbH u. Co. KG

Florian Rentsch

Vorsitzender des Vorstandes
Verband der Sparda-Banken e.V.

Dr. Franz J. Ruder

Managing Director
Underberg AG

Joachim Rumstadt

Vorsitzender des Aufsichtsrates
Rheinkalk GmbH

Sirko Scheffler

Geschäftsführer
brain-scc GmbH

Dieter Schmidt

Vorstand
HEGEMANN-REINERS AG

Dr. Dirk Schröter

Geschäftsführer Personal Arbeitsdirektor, MIBRAG Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft mbH

Sven Schulz

Vorsitzender der Geschäftsführung
Schulz Group GmbH

Oliver Schwegmann

CEO/Vorstand
Berentzen Gruppe AG

Detlev Seeliger

Geschäftsführender Gesellschafter
MOCOM GmbH

Prof. Dr. Kristina Sinemus

Staatsministerin
Hessisches Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung

Rene S. Spiegelberger

Stiftungsgründer
Spiegelberger Stiftung

Susanne Varga

Chief Executive Officer
BRAINHOUSE 247 Holding AG

Johannes-Georg Voll

Rechtsanwalt

Hans-Ullrich Werner

Geschäftsführender Gesellschafter
MAVEG mbH

Thomas Wolff

Geschäftsführender Gesellschafter
wolfcraft GmbH

David Zimmer

Geschäftsführer
Kalodion GmbH

Dr. Reinhard Christian Zinkann

Geschäftsführender Gesellschafter
Miele & Cie. KG

Dr. Marc Zoellner

Geschäftsführender Gesellschafter
Accumulatorenwerke Hoppecke
Carl Zoellner & Sohn GmbH

Gäste aus dem Jungen Wirtschaftsrat

Caroline Bosbach

Bundesvorsitzende des Jungen Wirtschaftsrates

Ferdinand Herfeldt

Geschäftsführender Gesellschafter
Anytime Invest GmbH, Stellv. Bundesvorsitzender des Jungen Wirtschaftsrates

Jesse Jeng

Geschäftsführer SCALEHOUSE Capital Management GmbH

Christian Krohne

Referent Public Affairs TMF – Technologie- und Methodenplattform für die vernetzte medizinische Forschung e. V.

Karl-Christian Lauk

CEO & Managing Director Studydrive GmbH
Stellv. Bundesvorsitzender des Jungen Wirtschaftsrates

Sine Pöhlisen

Head of Investment & Capex
Airbus Operations GmbH



Bundesfachkommissionen

Beirat

Familienunternehmen



VORSITZ

Bettina Würth

Vorsitzende des Beirates
der Würth-Gruppe
Adolf Würth GmbH & Co. KG

STELLV. VORSITZ

Bonita Grupp

Leiterin E-Commerce und Personal
TRIGEMA Inh. W. Grupp e.K.

Dr. Tim Kannewurf

Vorstandsmitglied/CAO
Schnellecke Group AG & Co. KG

Jan-Hendrik Goldbeck

Geschäftsführender Gesellschafter
GOLDBECK GmbH

■ Fachgebietsleiter:
Robert Schoder

Industriebeirat



VORSITZ

Michael Frick

CFO
ZF Friedrichshafen AG

STELLV. VORSITZ

Dr. Erik Eschen

CEO
Vacuumschmelze GmbH & Co. KG

■ Bereichsleiter:
Dr. Michael Garmer

Wissenschaftlicher Beirat



VORSITZ

Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld

Vorsitzender des
Sachverständigenrates a. D.
Direktor Walter Eucken Institut e.V.

Beirat Zukunft Europa



VORSITZ

Prof. Dr. Axel A. Weber

Bundesbankpräsident a. D.
Präsident Center of Financial Studies
Goethe-Universität

Internationaler Kreis



VORSITZ

Dr. Jürgen M. Geißinger

Mitglied des Aufsichtsrates
MTU Aero Engines

STELLV. VORSITZ

Simone Menne

Präsidentin
American Chamber of Commerce
in Germany e.V.

Stephan Tahy

CEO
Duravit AG

Innovationsforum



VORSITZ

Petra Justenhoven

Sprecherin der Geschäftsführung PwC
Deutschland & PwC Europe

■ Fachgebietsleiter:
Maik Hofmann



Bau, Immobilien, Smart Cities



VORSITZ
Lars von Lackum
 CEO
 LEG Immobilien SE

STELLV. VORSITZ
Dr. Claus Lehner
 Vorsitzender der Geschäftsführung
 Dawonia Real Estate GmbH & Co. KG

Dr. Hagen Lessing
 Chief Executive Officer
 ista SE

■ Bereichsleiter:
 Thomas Friebecke

Energieeffizienz



VORSITZ
Dr. Marc Andree Groos
 Geschäftsführer
 Vaillant GmbH

STELLV. VORSITZ
Jörg A. Gerdes
 Geschäftsführender Gesellschafter
 CLAGE GmbH

Ingo Alphéus
 CEO
 Elevion GmbH

■ Referent:
 Philip C. Lipp

Arbeitsmarkt und Alterssicherung



VORSITZ
Hans Joachim Reinke
 Vorstandsvorsitzender
 Union Asset Management Holding AG

STELLV. VORSITZ
Manfred Bauer
 Mitglied des Vorstandes
 MLP SE

Jörg Münning
 Vorsitzender des Vorstandes
 LBS Westdeutsche Landesbausparkasse

Dr. Volker Priebe
 Mitglied des Vorstands
 Allianz Lebensversicherungs-AG

Jan Ole Schneider
 CFO DACH-Region
 Randstad Deutschland GmbH & Co. KG

■ Mitglied der Geschäftsleitung:
 Dr. Holger Fricke

Digital Health



VORSITZ
Dr. Frank Wartenberg
 President Central Europe
 IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG

STELLV. VORSITZ
Annabritta Biederbick
 Mitglied der Vorstände
 Debeka Versicherungsgruppe

Bernd Christoph Meisheit
 Geschäftsführer
 Sana IT Services GmbH

Dr. Eckart Pech
 Geschäftsführender Direktor
 CompuGroup Medical SE & Co. KGaA

■ Bereichsleiterin:
 Annika Herzner

Energiepolitik



VORSITZ
Nikolaus Valerius
 COO
 RWE Generation SE

STELLV. VORSITZ
Stephan Frense
 CEO – Geschäftsführer
 ARGE Netz GmbH & Co. KG

Dr. Urban Keussen
 Vorstand
 EWE AG

■ Bereichsleiter:
 Dr. Michael Garmer

Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik



VORSITZ
Lutz Diederichs
 Chairman of the Group
 Management Board Germany
 BNP Paribas Group

STELLV. VORSITZ
Oliver Behrens
 CEO
 Morgan Stanley Europe SE

■ Bereichsleiter:
 Christophe Darley



Handel und Konsumgüter



VORSITZ

Christoph Werner

Vorsitzender der Geschäftsführung
dm-drogerie markt GmbH + Co. KG

STELLV. VORSITZ

Robert Heinemann

Managing Director
ECE Group Services GmbH & Co. KG

■ Bereichsleiter:
Thomas Frießecke

Internet und Digitale Wirtschaft



VORSITZ

Florian Roth

Chief Digital & Information Officer
SAP SE

STELLV. VORSITZ

Werner Rieche

Managing Director Germany
Open Text Software GmbH

■ Fachgebietsleiter:
Maik Hofmann

Gesundheitswirtschaft



VORSITZ

Kai Hankeln

Konzerngeschäftsführer CEO
Asklepios Kliniken
GmbH & Co. KGaA

STELLV. VORSITZ

Rainer Berthan

Vorstandsvorsitzender
Bauerfeind AG

■ Bereichsleiterin:
Annika Herzner

Handel, Ernährung, Verbraucherschutz



VORSITZ

Christoph Pohl

Vorstand
Einkauf International
Lidl Stiftung & Co. KG

STELLV. VORSITZ

Alexander von Maillot

Vorsitzender des Vorstandes
Nestlé Deutschland AG

Markus Mosa

Vorstandsvorsitzender
EDEKA Zentrale Stiftung & Co. KG

■ Fachgebietsleiter:
Jan Jacobs

Künstliche Intelligenz und Wertschöpfung 4.0



VORSITZ

Christian Korff

Managing Director
Cisco Deutschland

STELLV. VORSITZ

Rainer Hundsdörfer

Beiratsvorsitzender
Marquardtgruppe

Karsten Neugebauer

Gründer und CEO
G2K Group GmbH

Walter Dopplmair

Geschäftsführer
Autodesk GmbH

■ Fachgebietsleiter:
Jonas Pfähler

Steuern



VORSITZ

Mathias Oberndörfer

Vorstand Tax & Law
KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

STELLV. VORSITZ

Ralf Chalupnik

Direktor Steuerpolitik
Allianz SE

Dr. Achim Dannecker

Rechtsanwalt, Steuerberater, Partner
Gleiss Lutz

Frank W. Grube

Steuerberater/Partner
Pape + Rahn PartG mbB
Steuerberatungsgesellschaft

■ Referent:
Johan Stolte



Umwelt- und Klimapolitik



VORSITZ

Detlev Wösten

Chief Sustainability Officer
H&R GmbH & Co. KGaA

STELLV. VORSITZ

Dr. Armin Eichholz

Vorsitzender der Geschäftsführung
MIBRAG Mitteldeutsche
Braunkohlengesellschaft mbH

Philipp Schlüter

Vorsitzender des Vorstands CEO
TRIMET Aluminium SE

■ Fachgebietsleiter:
Robert Schoder

Verkehr, Infrastruktur, Mobilität 4.0



VORSITZ

Dr. Werner Kook

Chief Representative
RETHMANN SE & Co. KG,
Member of the Board of Directors
Transdev Group S.A.

STELLV. VORSITZ

Frank M. Schmid

Geschäftsführer
Schmid Mobility Solutions GmbH

Jörg Rösler

Mitglied des Vorstands
STRABAG AG

■ Bereichsleiter:
Thomas Frießecke

Europäische Fachkommissionen

Finance



VORSITZ

Prof. Dr. Norbert Winkeljohann

Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates
Deutsche Bank AG
Aufsichtsratsvorsitzender
Bayer AG

KONTAKT

Henrik Reimer

Telefon: (+32) 4 563 17 15 2
h.reimer@wirtschaftsrat.de

Energy



VORSITZ

Dr. Michael Strugl

Vorsitzender des Vorstands
Verbund AG

KONTAKT

Henrik Reimer

Telefon: (+32) 4 563 17 15 2
h.reimer@wirtschaftsrat.de

Digital Age



VORSITZ

Lars Reger

CTO Automotive – BU Automotive
NXP Semiconductors Germany GmbH

KONTAKT

Henrik Reimer

Telefon: (+32) 4 563 17 15 2
h.reimer@wirtschaftsrat.de

Health



VORSITZ

Prof. Dr. Karsten Hemmrich

Vice President
Global Marketing & Innovation
ESSITY GmbH

KONTAKT

Henrik Reimer

Telefon: (+32) 4 563 17 15 2
h.reimer@wirtschaftsrat.de



Bundesarbeitsgruppen

Cybersicherheit



VORSITZ

Prof. Timo Kob
Gründer und Vorstand
HiSolutions AG

STELLV. VORSITZ

Paul Kaffsack
Geschäftsführer
Myra Security GmbH

Uwe Probst

Managing Partner
Deloitte GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

■ Fachgebietsleiter:
Jonas Pfähler

Energie für Mobilität



VORSITZ

Gero Schulze Isfort
Geschäftsführer
Bernard Krone Beteiligungs GmbH

STELLV. VORSITZ

Thomas Korn
Geschäftsführer
KEYOU GmbH

Frederick Beckmann

Geschäftsführer
Q1 Energie AG

■ Referent:
Philip C. Lipp

Digital Finance



VORSITZ

Karl Matthäus Schmidt
Vorstandsvorsitzender
Quirin Privatbank AG

STELLV. VORSITZ

Dr. Tamaz Georgadze
Geschäftsführer
Raisin Bank

Frank Niehage

CEO/Vorsitzender des Vorstands
flatexDEGIRO AG

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik



VORSITZ

Marco R. Fuchs
CEO
OHB SE

STELLV. VORSITZ

Ralf Alexander Ketzel
CEO
Krauss-Maffei Wegmann
GmbH & Co. KG

■ Fachgebietsleiter:
Jonas Pfähler

Moderne Verwaltung und Bürokratieabbau



VORSITZ

Marc Reinhardt
Mitglied der Geschäftsleitung
Global Industry Leader Public
Sector & Health
Capgemini Deutschland GmbH

STELLV. VORSITZ

Christian Bertmann
Managing Director
Accenture GmbH

■ Bereichsleiter:
Christophe Darley

Krankenhausreform



VORSITZ

Michael Dieckmann
CDO und Mitglied des Vorstandes
AMEOS Gruppe

STELLV. VORSITZ

Franzel Simon
Regionalgeschäftsführer Nord
Helios Kliniken GmbH

■ Referent:
Rikard Berisha



Pflege



VORSITZ

Thomas Flotow

Geschäftsführer
PFLEGEN & WOHNEN HAMBURG
GmbH

STELLV. VORSITZ

Dr. Erik Hamann

CEO
Orpea Deutschland GmbH

Andreas Mörsberger

Sprecher des Vorstandes
Johannesstift Diakonie gAG

Jasmin Arbabian-Vogel

Geschäftsführende Gesellschafterin
Interkultureller Sozialdienst GmbH

Referent:
Rikard Berisha

Rohstoffpolitik



VORSITZ

Volker Backs

Geschäftsführer und Arbeitsdirektor
Speira GmbH

STELLV. VORSITZ

Thomas Maier

Geschäftsführender Gesellschafter
MAIREC Edelmetallgesellschaft mbH

Fachgebietsleiter:
Robert Schoder

Start-ups



VORSITZ

Stephanie Renda

Gründerin/Geschäftsführerin
Moinland,
Stellv. Vorsitzende
Beirat Junge Digitale Wirtschaft
beim Bundesministerium
für Wirtschaft und Klimaschutz

STELLV. VORSITZ

Stefan Drüssler

Geschäftsführer/COO
UnternehmerTUM GmbH

Fachgebietsleiter:
Jonas Pfähler

Private Altersvorsorge



VORSITZ

Ralf Berndt

Vorstand
Stuttgarter Lebensversicherung a.G.

STELLV. VORSITZ

Dr. Helge Lach

Mitglied des Vorstands
Deutsche Vermögensberatung AG

Mitglied der Geschäftsleitung:
Dr. Holger Fricke

Staatsfinanzen



VORSITZ

Patricia Lips MdB

Stellv. Fraktionsvorsitzende
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

STELLV. VORSITZ

Dr. Carsten Lehr

Stellv. Vorstandsvorsitzender
EFIS AG

Referent:
Johan Stolte

Mehr Privat für einen starken Staat



VORSITZ

Erhard Weimann

Staatssekretär a.D.
EGW Strategie-Beratung

STELLV. VORSITZ

Dr. Dirk Quermann

Geschäftsführer
Merkur Sports & Gaming GmbH

Sebastian Blohm

Aufsichtsrat
Lotto24 AG

Bevollmächtigter
des Generalsekretärs:
Dr. Rainer Gerding



Bundesgeschäftsführung



Wolfgang Steiger
Generalsekretär
Mitglied des Präsidiums



Dirk Kappenhagen
Bundesgeschäftsführer
Mitglied des
Bundesvorstandes



Klaus-Hubert Fugger
Geschäftsführer
Presse und Kommunikation



Iris Hund
Geschäftsführerin
Finanzen und Controlling



Simon Steinbrück
Geschäftsführer
Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

Mitglieder der Geschäftsleitung



Dr. Holger Fricke
Stellv. Leiter
Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik



Richard Yates
Leiter Verbandentwicklung



Der Wirtschaftsrat im Spiegel der Presse

RedaktionsNetzwerk Deutschland

02.01.2023

Der Wirtschaftsrat fordert die Bundesregierung auf, mehr Mittel für die Erforschung moderner Atomtechnologien bereitzustellen. „**Kernkraftwerke** bilden seit 1957 eine stabile Säule der Energieversorgung in Deutschland“, heißt es in einem Positionspapier, das dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) vorliegt. „Zwar läuft die Zeit klassischer Siedewasser- und Druckwasserreaktoren ab, aber die Forschung stellt inzwischen neue Wirkprinzipien und Reaktortypen vor, für die die bisherigen Pro- und Kontra-Argumente nicht mehr gelten“, sagt Wirtschaftsrat-Generalsekretär Wolfgang Steiger.

Focus

13.02.2023

Astrid Hamker kritisiert insbesondere den **gleichzeitigen Ausstieg aus Kernkraft und Kohle**, die sehr hohe Abgabenlast für Betriebe und das ungezügelt wuchernde Bürokratedickicht. Die Präsidentin ist überzeugt: „Nur mit mutigen und vielleicht auch unpopulären Entscheidungen kann Deutschland Industriestandort und Wachstumsmotor bleiben.“

Börsen-Zeitung

02.03.2023

„Wenn Sie zum Wasser gehen, brauchen Sie eine Badehose – gehen Sie aufs Eis, benötigen Sie Schlittschuhe. Gleichwohl dominieren immer noch wirtschaftspolitische Konzepte, die auf den Gesetzmäßigkeiten der alten Welt beruhen. Doch wer in Zeiten von zweistelligen **Inflation**sraten neue große Schulden- und Ausgabenprogramme fordert und wer in diesem wirtschaftlichen Umfeld erodierender Wettbewerbsfähigkeit im Hochsteuerland Deutschland weitere Steuererhöhungen auf den Weg bringen will, der steht mit der Badehose in der Eishalle“, sagt Wolfgang Steiger in einem Gastbeitrag.

WELT

29.03.2023

In einem Positionspapier zu seiner bevorstehenden Energieklauseur am Donnerstag fordert der Wirtschaftsrat, „falls erforderlich, einen **Weiterbetrieb der Kernkraftwerke** über den April 2023 nicht auszuschließen“. Auch müsse die Forschung an neuen Atom-Technologien verstärkt werden.

Neue Osnabrücker Zeitung

26.04.2023

Der Wirtschaftsrat hat der Bundesregierung vorgeworfen, mit ihrem **Heizungsgesetz** „große Teile der Vermögen der Bundesbürger zu vernichten“. Viele Eigenheimbesitzer würden sich keine neue Heizung leisten können und ihr Haus verkaufen müssen, um horrenden Strafzahlungen abzuwenden, warnte Wirtschaftsrat-Generalsekretär Wolfgang Steiger im Gespräch mit der Zeitung.

WirtschaftsWoche

10.05.2023

Die Präsidentin des Wirtschaftsrates Astrid Hamker glaubt nicht, dass der **Mangel an Fach- und Arbeitskräften** in Deutschland mit dem verstärkten Zuzug von Migranten gelindert werden kann. Dafür gibt es andere Möglichkeiten, sagte die Unternehmerin in einem Interview der WirtschaftsWoche mit Blick auf den Migrationstreffen von Bund und Ländern. Zum Beispiel müssen die Anreize für die Aufnahme von Arbeit erhöht werden, fordert Hamker.

Bundesregierung.de

23.05.2023

Der **Wirtschaftstag** ist eine Plattform, auf der die Handlungsnotwendigkeiten in Deutschland und Europa mit Akteuren aus Politik und Wirtschaft diskutiert und gemeinsame Lösungsvorschläge entwickelt werden.

Neue Zürcher Zeitung

25.06.2023

Robert Habeck muss zuerst an sein Land, dann an sein Parteibuch denken. Wir brauchen ein völlig anderes Mindset. In Amerika vertraut die Politik darauf, dass die Wirtschaft die besten Lösungen hervorbringt. In Europa und Deutschland verzetteln sie sich mit Regulierung. Es wird alles vorgegeben, und es herrscht ein tiefes **Misstrauen** den Unternehmen gegenüber.

Tagesspiegel Background

22.06.2023

Mehr Informationsaustausch und Unterstützung für die Unternehmen, effiziente digitale Registrierungs- und Meldeprozesse und der Verzicht auf eine zusätzliche Verschärfung der Anforderungen. Das sind zentrale Forderungen des Wirtschaftsrates der CDU zur **NIS-2-Umsetzung**. Vor allem für KMU wünscht man sich: mehr Zeit.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

01.09.2023

Der Wirtschaftsrat unterstützt den Vorstoß der FDP-Fraktion, den Rückbau der Kernkraftwerke anzuhalten und die Stromsteuer zu senken. Atomstrom sei nötig, um die Preise zu senken, **Versorgungssicherheit** zu schaffen und Emissionen zu begrenzen, sagte Wolfgang Steiger, der Generalsekretär des Wirtschaftsrates, der F.A.Z.

Rheinische Post

16.09.2023

Der Wirtschaftsrat hat die Ampel-Regierung aufgefordert, die **Strompreise** für die deutsche Industrie umgehend durch eine geringere Stromsteuer zu senken. Entscheidend für die Industrie ist, dass der Strompreis kurzfristig durch ein Abschmelzen der Stromsteuer und mittelfristig durch eine Ausweitung des Angebots wieder auf ein wettbewerbsfähiges Niveau absinkt, heißt es in einem Positionspapier zur Krise in der Industrie.

WELT

03.11.2023

Angesichts der jüngsten jüdenfeindlichen Demonstrationen und Ausschreitungen hierzulande fordert der Wirtschaftsrat der CDU eine Wiederbelebung der **Leitkultur**-Debatte. „Die israelfeindlichen Demonstrationen auf deutschen Straßen nach dem Terror der Hamas zeigen überdeutlich: Der Grad der Integrierbarkeit von Zuwanderern lässt sich nicht allein an der Beschäftigungsquote und der Bereitschaft zum Spracherwerb messen“, sagte der Generalsekretär des Unternehmerverbands, Wolfgang Steiger, der WELT.

Deutsche Presse Agentur

29.11.2023

Der Wirtschaftsrat fordert eine Verbesserung der Fehlerkultur in der Bundesregierung: „Diese Bundesregierung überbietet sich mit immer neuen milliardenschweren Wahlgeschenken und bläht den Beamtenapparat mit Tausenden neuen Stellen immer weiter auf, beschwert sich aber gleichzeitig über fehlende Investitionsmittel, kritisiert die Präsidentin des Wirtschaftsrates Astrid Hamker nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur **Schuldenbremse**.“

nius.de

11.12.2023

Der Wirtschaftsrat fordert, die Erhöhung des Bürgergeldes zum 1. Januar 2024 auszusetzen und den Empfängerkreis einzuschränken. Der Generalsekretär des Wirtschaftsrates, Wolfgang Steiger, erklärt: „Zum **Bürgergeld** kommen weitere Leistungen wie die Übernahme der Kosten für Unterkunft, Heizung und Krankenversicherung. Das hat eine massive Sogwirkung.“

Impressum

Verantwortlich:

Wolfgang Steiger, Klaus-Hubert Fugger, Simon Steinbrück

Bearbeitung:

Geschäftsbereich Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Geschäftsbereich Presse und Kommunikation

Herstellung:

Unterleider Medien GmbH, Max-Planck-Str. 16, 63322 Rödermark

Bildnachweis:

Titelbild: Jens Schicke; Ameos/Aherger (S. 19); Bauerfeind AG (S. 13); Bernard Krone Beteiligungs GmbH (S. 19); Bettina Conradi/OHB SE (S. 19); BMF/Photothek (S. 5); BMWK/Dominik Butzmann (S. 6); BNP Paribas Group/Gerald Schilling (S. 16); Bundesregierung/Guido Bergmann (S. 11); Bundesregierung/Steffen Kugler (S. 7, 8); Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag/Kaminski (S. 12); Capgemini (S. 19); CDU-Bundesgeschäftsstelle (S. 8); CDU Rheinland-Pfalz (S. 4); Ceconomy (S. 13); Christian Kruppa (S. 3–22); Cisco Deutschland (S. 17); Deutsche Bank (S. 13); Deutsche Börse AG (S. 13); Dirk Koch (S. 13); dm (S. 17); EPP/Lahousse (S. 10); Europäisches Parlament (S. 10); FDP (S. 8, 9); Frank Blümler (S. 13); Fraport AG (S. 13); H & R GmbH & Co. KG (S. 18); Hans Christian Plambeck (S. 3–22); HiSolutions AG (S. 19); ING-DiBa AG (S. 13); Jens Schicke (S. 21); Jens Schicke (S. 3–22); KPMG (S. 17); Maximilian König (S. 5); Mercedes Benz Group AG (S. 13); Nell Killius (S. 13); Pflegen und Wohnen GmbH (S. 20); privat (S. 13, 15, 18, 19, 20, 21); PwC (S. 15); Quirin Privatbank AG (S. 19); Rethmann SE & Co. KG (S. 18); RWE Generation SE (S. 16); SAP SE (S. 13, 17); Schwarz Gruppe (S. 17); Selina Pfrüner/LEG (S. 16); Steffen Prößdorf – CC BY-SA 4.0 (S. 20); STIHL AG (S. 13); Stuttgarter Lebensversicherung a. G. (S. 20); Tobias Koch (S. 4, 6, 7, 10, 11); Ulrich Gunka (S. 18); Union Asset Management Holding AG (S. 16); Vaillant (S. 16); Verbund AG (S. 13); Vodafone GmbH (S. 19); Walter Eucken Institut (S. 15); www.roland-koch.de, Gaby Gerster (S. 9); ZF (S. 15); www.roland-koch.de, Gaby Gerster (S. 9), Europäisches Parlament (S. 10), Bauerfeind AG (S. 13), Deutsche Börse AG (S. 13), Bernard Krone Beteiligungs GmbH (S. 19), Cisco Deutschland (S. 17), ING-DiBa AG (S. 13), STIHL AG (S. 13), Verbund AG (S. 13), RWE Generation SE (S. 16), Jens Schicke (S. 21), Deutsche Bank AG (S. 18); Verbund AG / Christian Jungwirth (S. 18); NXP Semiconductors (S. 18), Essity GmbH (S. 18)

Stand:

Dezember 2023



Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Telefon 030/24087-0
Telefax 030/24087-405
www.wirtschaftsrat.de
info@wirtschaftsrat.de